

Die europäische digitale Gesellschaft.

Selbstbewusst und selbstkritisch

1 Die Rückkehr der Politik

John Perry Barlow wies vor gut zwanzig Jahren in der berühmten Unabhängigkeitserklärung des Internet die Idee einer politischen Regierbarkeit des Internet grundsätzlich zurück. Regierungen besäßen nicht die Zustimmung der Regierten, Gesetze auf das Internet anzuwenden:

“Governments of the Industrial World, you weary giants of flesh and steel, I come from Cyberspace, the new home of Mind. On behalf of the future, I ask you of the past to leave us alone. You are not welcome among us. You have no sovereignty where we gather.”

Barlow brachte die damals noch weit verbreitete Überzeugung zum Ausdruck, dass es möglich wäre, einen Raum menschlicher Kommunikation zu schaffen, in dem es weder interkulturelle Dissonanzen noch politische

Konflikte gäbe. Politisch setzte sich diese Überzeugung in einem hands-off approach um, der auf die Selbstregulierung des Marktes setzte und die Rolle des Staates eng begrenzte. Das Handy und das Modem, so Bill Clinton zur Jahrtausendwende, würden schon dafür sorgen, dass sich die Freiheit auch gegen den Widerstand autoritärer Regime weltweit durchsetzen werde.

Dieser Glaube existiert so heute nicht mehr oder mutet, genauer gesagt, eigenartig naiv an. Die Hoffnung, dass das Internet Freiheit und Menschenrechte überall befördern würde ist spätestens seit den Enthüllungen Edward Snowdens und dem Missbrauch digitaler Technologien für die staatliche Überwachung der Opposition in China, dem Iran, Russland und einer wachsenden Zahl anderer autoritärer Regime nur noch bedingt glaubwürdig. Es ist deutlich geworden, dass das Internet ein Raum ist, in dem Verteilungs- und Wertekonflikte vorherrschen und in dem wichtige Fragen nach der Zukunft politischer Herrschaft und gesellschaftlicher Selbstbestimmung ausgehandelt werden. Die Technologie des Netzes und seine Anwendungen sind nicht nur bloße wertneutrale Instrumente, sondern normieren Entscheidungen und Handlungsweisen. Sie sind Instrumenten wertbezogener Politik.

Der Streit um den chinesischen Technologiekonzern Huawei illustriert diese neue Konflikthaftigkeit. In der US-Administration wird Huawei nicht als innovatives Unternehmen, sondern als trojanisches Pferd einer gegnerischen Regierung wahrgenommen, die fundamental andere Werte verfolgt und der deswegen mit aller Nachdrücklichkeit zu begegnen sei. Die chinesische

Regierung verwahrt sich aus nachvollziehbaren Gründen gegen alle derartigen Vorwürfe und interpretiert den Ausschluss des Konzerns vom US-Markt als eine Maßnahme, die gegen die Entwicklung des Landes insgesamt gerichtet sei. Der Konflikt über Huawei reicht dabei weit über den konkreten Fall hinaus. Er unterstreicht einen fundamentalen Bruch mit der marktwirtschaftlichen Logik und eröffnet eine neue Phase des Merkantilismus und der relativen Nutzenmaximierung. Das Zusammenwachsen der Märkte erscheint vielen heute nicht mehr nur als Chance für den Wohlstand, sondern zunehmend als Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Neue Begriffe wie technologische Souveränität und ökonomische Verwundbarkeit beginnen den Glauben an eine weltwirtschaftliche Ordnung des gemeinsamen Marktes zu verdrängen.

Die neue Konflikthaftigkeit in der digitalen Welt ist allerdings nicht auf die Beziehungen zwischen dem Westen und China beschränkt. Auch in den transatlantischen Beziehungen prallen heute nur schwer miteinander vereinbare normative Konzeptionen aufeinander. Die viel beschworene transatlantische Wertegemeinschaft stößt dort an ihre Grenzen wo Fragen der Vertragsfreiheit mit dem Schutz persönlicher Daten und informationeller Selbstbestimmung sowie dem europäischen Wettbewerbsrecht kollidieren. Ein deutliches Beispiel für die sich weitende Kluft zwischen den USA und Europa stellt die Reaktion der Trump-Regierung auf die Strafen dar, die die Europäische Kommission mehrfach gegen Google wegen Verstößen gegen das europäische Wettbewerbsrecht verhängt hat. Unter völliger Missachtung

der rechtsstaatlichen und ordnungspolitischen Gründe für diese Entscheidungen bewertete der US-Präsident Donald Trump die Entscheidung als reinen Racheakt einer „Steuerlady, die die USA hasst“. So lässt sich schlecht gemeinsam Markt oder gar transnationale digitale Gesellschaft machen.

2 Die Eigenständigkeit der digitalen europäischen Gesellschaft

Die aktuellen Konflikte zwischen den USA, China und der EU gehen in ihrer Relevanz aber weit über handels- und investitionspolitische Fragen hinaus. Ihre besondere Brisanz gewinnen sie daraus, dass digitale Technologien die kommunikative Infrastruktur hochentwickelter Informationsgesellschaften darstellen. Wer die Kontrolle über Hard- und Software hat, der bestimmt auch darüber, wer auf welche Informationen zu welchen Kosten Zugriff hat. Konflikte in der Informationsgesellschaft sind damit immer auch Konflikte über Grundfragen politischer Herrschaft. Wir beobachten zudem eine immer engere Kooperation – teils freiwillig und teils erzwungen – zwischen privaten Technologiekonzernen und hoheitlicher Aufgabenwahrnehmung. Gerade im Sicherheitsbereich wird es zunehmend schwierig, klare Unterscheidungen vorzunehmen. Konzerne, die in China und Russland an der Ausweitung gesellschaftlicher Überwachung arbeiten oder die in den USA mit der NSA in dem Bemühen um Kontrolle europäischer Datenströme kooperieren, können schlechterdings nicht als unpolitische Agenten

marktwirtschaftlicher Integration behandelt werden. Das Gleiche gilt natürlich auch für europäische Unternehmen, die Spionagesoftware an autoritäre Regime in Nordafrika oder anderen Regionen der Welt verkaufen.

Mit der zunehmenden Verschmelzung der digitalen Märkte vernetzen sich letztlich auch die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Projekte. So wie sich die Demokratie in der Vergangenheit in Wellen ausgebreitet hat, so droht sich heute die neue autoritäre Versuchung immer weiter auszubreiten. Das chinesische Vorbild verbindet sich mit ähnlichen russischen, iranischen und arabischen Entwicklungen zu einem alternativen Modell digitaler autoritärer Vergesellschaftung, das mit dem Anspruch gleichwertiger Legitimität neben das Modell der offenen Gesellschaft tritt. Bereits heute lassen sich in einigen Mitgliedstaaten der EU Versuche beobachten, illiberale Entwicklungswege einzuschlagen. Es ist zu befürchten, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis auch der autoritär motivierte Missbrauch digitaler Überwachungstechnologien hier Fuß fasst.

Um sich in dieser konfliktreichen und gleichzeitig entgrenzten Welt behaupten zu können muss Europa sich seiner normativen Eigenständigkeit vergewissern und in angemessene regulatorische Maßnahmen übersetzen. Europa steht für einen sehr spezifischen Weg der Vergesellschaftung, der sich grundlegend sowohl vom libertären Modell des Silicon Valley als auch dem autoritären chinesischen Modell unterscheidet. Das europäische Modell der Vergesellschaftung basiert seit der frühen Neuzeit auf den Werten des

Humanismus und der Aufklärung. Es betont die Gleichrangigkeit der Freiheit des Einzelnen und seiner Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Der *volonté generale* in Frankreich und die Idee des öffentlichen Vernunftgebrauches in Deutschland stehen für eine Konzeption von Gesellschaft, die weder dem libertären Individualismus noch dem autoritären Kollektivismus verbunden ist. Von Rousseau über Voltaire und von Kant bis Habermas finden wir in Europa eine Denktradition, die sowohl dem Einzelnen Vernunftfähigkeit zuschreibt als auch die Rolle der Gesellschaft dabei betont, dieses Potential zu aktivieren. Erst in der Gesellschaft – so die feste Überzeugung seit Hegel - wird aus der Rationalität des Einzelnen die Vernunft der Vielen. Nur in den diskursiven Verfahren der rechtsstaatlichen Demokratie wird der Marktteilnehmer zum Bürger.

Die Europäische Union ist auf diesen Denktraditionen aufgebaut. Sie betont in Art. 3 und 10 EUV mit dem Bekenntnis zu den Marktfreiheiten und der Demokratie die individuelle Selbstbestimmungsfähigkeit der Bürger Europas. Sie bindet diese Bürger in eine politische Ordnung ein, die zu grundlegenden ethischen Fragen Position bezieht ohne den Anspruch auf allgemeingültige Wahrheit zu erheben. Diese balancierte Gesellschaftskonzeption findet sich auch in aktuellen Positionspapieren europäischer Institutionen zu den Chancen und Herausforderungen der digitalen Gesellschaft. Der Europarat, der Europäische Rat, das Europäische Parlament und die Kommission haben in den letzten Jahren eine Reihe von grundlegenden Positionspapieren angenommen, in denen sich die Idee einer gleichzeitig gesellschafts- und

individualzentrierten, demokratischen digitalen Gesellschaft zum Ausdruck bringt. In allen diesen Papieren gilt der technische Fortschritt als eine menschengemachte Chance, der grundlegend offen gegenüber zu stehen ist. Gleichzeitig verfällt Europa aber auch keiner naiven Technologieaffirmation. Neue Technologien müssen nicht nur effizient sein, sondern sich zudem vor der Frage beweisen, ob sie einen Beitrag zu Demokratie und Menschenrechten zu leisten in der Lage sind.

Ein eindrückliches Beispiel für diesen besonderen europäischen Zugriff finden wir in dem Zugang der EU zu Künstlicher Intelligenz (KI). KI wird von der Kommission nicht als Selbstzweck verstanden, sondern als „a tool operating in the service of humanity and the public good“.¹ Die Kommission hat im Juni 2018 eine Expertengruppe mit dem Auftrag eingesetzt, ethische Richtlinien für eine „vertrauenswürdige KI“ zu entwickeln. Der im April 2019 erschienene Abschlussbericht der Gruppe² betont die Notwendigkeit, humane Autonomie zu wahren, Schäden für Menschen zu vermeiden und allgemein den Prinzipien von Fairness und Verstehbarkeit Rechnung zu tragen. Ganz ähnlich plädiert auch der Europäische Rat für die Einführung eines „human rights impact assessments“ für KI Systeme. KI Systeme müssten verstehbar und abschaltbar sein.³ Besonderes Augenmerk sei zudem auf

¹ <https://ec.europa.eu/futurium/en/ai-alliance-consultation/guidelines#Top>

² INDEPENDENT HIGH-LEVEL EXPERT GROUP ON ARTIFICIAL INTELLIGENCE SET UP BY THE EUROPEAN COMMISSION.

³ Europäischer Rat: Unboxing Artificial Intelligence: 10 steps to protect Human Rights, Council of Europe 2019.

technologieinduzierte Machtverschiebungen in der Gesellschaft und auf das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft zu richten.⁴

Der spezifisch europäische Zugriff zur digitalen Gesellschaft kommt auch in wichtigen aktuellen Rechtsakten der EU zur digitalen Gesellschaft zum Ausdruck. Die Datenschutzgrundverordnung setzt neue Maßstäbe im Bereich der Sammlung und Verwendung von Nutzerdaten, die eine angemessene Balance zwischen dem Schutz personenbezogener Daten und der Gestaltung eines freien Datenverkehrs im Binnenmarkt zu realisieren versprechen. Auch die im April vom Rat verabschiedete Urheberrechtsrichtlinie bringt die europäischen Werte zu Ausdruck. Sie schützt nicht nur die Verwertungsinteressen von Urhebern sowie Künstlerinnen und Künstlern indem sie die großen Digitalkonzerne verpflichtet, faire Honorare zu zahlen, sondern sieht zudem besondere Ausnahmetatbestände für gemeinwohlorientierte Anliegen wie den Online-Unterricht und die Erhaltung und Verbreitung des kulturellen Erbes vor.

3 Kann Europa sich Ethik leisten?

⁴ „particular attention should be paid to the significant power that technological advancement confers to those – be they public entities or private actors – who may use such algorithmic tools without adequate democratic oversight or control“, Declaration by the Committee of Ministers on the manipulative capabilities of algorithmic processes (*Adopted by the Committee of Ministers on 13 February 2019 at the 1337th meeting of the Ministers' Deputies*).

Das entstehende Modell der europäischen digitalen Gesellschaft ist nicht ohne Kritiker. Es gibt Stimmen, die den europäischen Weg „naiv“ nennen und befürchten, dass die hohen Standards der EU Wettbewerbsnachteile bedeuten und dass die EU noch weiter hinter die USA und China zurückfallen werde.⁵ Konsumenten wollten effektive Produkte und wären nicht bereit, für anspruchsvolle ethische Standards zu bezahlen.⁶ Muss also Europa erst globaler Technologieführer werden, um sich anspruchsvolle lokale ethische Standards leisten zu können?

Ein genauerer Blick auf das Argument zeigt schnell, dass es auf letztlich auf hochgradig unplausiblen Annahmen basiert. Europa, so die erste Annahme, ist nicht in der Lage, eigenständige Standards zu setzen da der Ort der Standardsetzung nicht Europa, sondern der Weltmarkt sei. Hier aber würden, so die zweite Annahme, die USA und China solange dominieren wie sie die leistungsfähigeren Produkte entwickelten. Diese Vorherrschaft durch Leistungsfähigkeit sei wiederum dadurch begründet, so die dritte Annahme, dass Konsumenten nicht bereit wären, ethische Standards als Leistungsmerkmale zu bewerten und entsprechend dafür zu bezahlen.

Keine der drei Annahmen hält allerdings einer näheren Überprüfung stand: Die Datenschutzgrundverordnung hat deutlich gezeigt, dass Europa durchaus in der Lage ist, eigenständig anspruchsvolle Standards zu setzen und ihre

⁵ Daniel Castro, Vizepräsident der Information Technology and Innovation Foundation,

⁶ Zugespitzt formuliert: "It's absurd to believe that you can become world leader in ethical AI before becoming world leader in AI first". Ulrike Franke, ECFR

Anwendung europaweit zu gewährleisten. Niemand hält die EU davon ab, eine Zertifizierung für ethisch anspruchsvolle KI zu entwickeln und etwa im öffentlichen Beschaffungswesen, im Gesundheitswesen oder in anderen sensiblen Bereichen für verbindlich zu erklären. Europäische Standards wirken sogar weit über die EU hinaus.⁷ Für viele global operierenden Konzerne ist es sinnvoller, die anspruchsvollen EU-Regularien global anzuwenden, als für unterschiedliche Märkte mit unterschiedlichen Standards zu operieren. Im Ergebnis greifen die anspruchsvollen EU-Standards daher nicht nur für Europa, sondern eben auch für den US-amerikanischen Markt. Das Beispiel zeigt, dass im Bereich der globalen Produktregulierung die gleiche Logik greift, die sich auch schon bei der Produktregulierung in der EU beobachten ließ: der sogenannte California-Effekt sorgt dafür, dass hohe Standards niedrige Standards dann verdrängen, wenn sie in relevanten Teilmärkten gesetzlich verbindlich sind. Hiermit ist dann auch die dritte Annahme falsifiziert, dass Konsumenten nicht bereit wären, für hohe ethische Standards zu bezahlen. Die hohe Qualität europäischer Normen, angefangen bei der Maschinentestsicherheit und bis hin zur Lebensmittelreinheit ist eine wesentliche Erfolgsgeschichte der europäischen Integration und ein zentraler Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Regionen. Es gibt wenig Grund zu der Annahme, dass sich diese Logik nicht auch auf Produkte übertragen lässt, die Komponenten künstlicher Intelligenz beinhalten.

⁷ "Ironically", so jüngst der US-Verbraucherschützer Rohit Chopra, "many Americans are going to find themselves protected from a foreign law". Romm et al. 2018

4 Strategische Verflechtung

Wenn Europa also sowohl einen eigenen Wertekosmos verkörpert als auch gute Gründe hat, diesen in den Mittelpunkt seines Vergesellschaftungsmodells zu stellen, dann drängt sich die Frage nach dem angemessenen Umgang mit anderen Weltregionen auf. Sollte Europa im Digitalbereich eine Politik der strategischen Autonomie einschlagen und sich in allen Bereichen autark machen, die für Sicherheit und Wohlfahrt von zentraler Bedeutung sind? Und sollten wir dann entsprechend mit Hilfe staatlicher Förderprogramme eine eigene G5 Technologie entwickeln, ein eigenes Google, ein eigenes WhatsApp usw.?

So überzeugend eine derartige Idee auf den ersten Blick auch zu sein scheint, so gefährlich könnten ihre langfristigen Konsequenzen sein. Das Konzept der strategischen Autonomie belebt alte Konfrontationsmuster, setzt auf Gefahrenabwehr und Territorialverteidigung, und droht neue Rüstungs- oder zumindest Abschottungswettläufe wiederzubeleben. Im Bestreben, weniger verwundbar und verletzbar durch äußere Risiken und Bedrohungen zu werden, sollte Europa nicht den Fehler begehen, genau das zu befördern, was es eigentlich zu verhindern beabsichtigt. Nicht Abschottung, sondern vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sowie Verständigung müssen die Mittel der Wahl bleiben. Ein angemessenes strategisches Ziel ist vor

diesem Hintergrund nicht strategische Autonomie, sondern strategische Verflechtung.⁸

Strategische Verflechtung ist eine Strategie, die die Komplexität der Realität unter den Bedingungen der Globalisierung und Digitalisierung anerkennt. Sicherheit wird in diesem Denken nicht durch Abgrenzung vom anderen, sondern als Ergebnis eines Prozesses der ökonomischen und politischen Integration und der Steigerung wechselseitiger Abhängigkeit erreicht. Kooperatives Schnittstellenmanagement tritt an die Stelle konfrontativer Abgrenzung. Die europäische Integration ist das beste Beispiel dafür, wie durch Dialog und Integration Frieden und Stabilität in Europa geschaffen werden konnte. Nicht die Betonung des Nationalstaats, sondern seine Einbindung in eine übergreifende politische, rechtliche und wirtschaftliche Ordnung ist die größte Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass sich diese Erfahrung auch auf die Schaffung von Sicherheit im globalen digitalen Kontext übertragen lässt. Und allen Skeptikern, die meinen, dass es in einer Welt der Fleischfresser nur Platz für Fleischfresser gebe, sei gesagt, dass die größten, stärksten und langlebigsten aller Lebewesen schon immer die Vegetarier waren.

⁸ Zum Folgenden vgl. Annegret Bendiek, Kein neuer Kalter Krieg: Strategische Verflechtung statt strategischer Autonomie, <https://www.swp-berlin.org/kurz-gesagt/2018/kein-neuer-kalter-krieg-strategische-verflechtung-statt-strategischer-autonomie/>, 5/6/2019.

5 Keine Affirmation ohne Kritik

Der europäische Weg in die digitale Gesellschaft ist weder der Weg der Libertären noch der Autoritären oder gar der Kalten Krieger. Europa ist gut beraten, zu dem Besten seiner Tradition zu stehen und die Werte des Humanismus und der Aufklärung ins Zentrum seiner Politik zu stellen. Wenn Europa diesen Weg nimmt, dann hat es gleichzeitig aber auch noch eine ganze Reihe von Aufgaben vor sich. Fast jede größere europäische Zeitung registriert und analysiert heute unser Leseverhalten und verkauft die gewonnenen Daten an Werbebroker. Europäische Überwachungstechnik wird an menschenverachtende Regime in der EU-Nachbarschaft geliefert und untergräbt den Demokratisierungsprozess in Nordafrika und vielen anderen Regionen der Welt. Deutschland blockiert effiziente transnationale Besteuerungssysteme - und damit auch die Besteuerung der US-amerikanischen Internetgiganten - um die eigene international absetzende Autoindustrie zu schützen. Die Privatsphäre von Geflüchteten wird rigoros missachtet. Besonders vulnerable Gruppen (z.B. Sozialhilfeempfänger*innen, Geflüchtete) werden zunehmend inkorrekten und intransparenten Entscheidungen automatisierter Systeme ausgesetzt, DSGVO und KI-Ethikräten zum Trotz. Die mit der DSGVO einhergehende Verlagerung der Kontrolle von Netzinhalten auf Private ist genauso problematisch wie die mögliche Umsetzung der Urheberrechtslinie durch die breite Einführung von Uploadfiltern. Unser Universitätssystem ist dringend reformbedürftig: Fast 40 Prozent aller Absolventen der Sprach- und Kulturwissenschaften sowie der Rechtswissenschaft sehen sich durch ihr Studium nicht gut vorbereitet auf die digitalen Anforderungen des künftigen Berufs. Von diesen Absolventen zu erwarten,

dass sie digital natives unterrichten und diesen beibringen, die Chancen und Gefahren unserer digitalen Umwelt zu verstehen, ist zumindest optimistisch. Und völlig unmöglich ist es letztlich, wenn sich ein deutscher Heimatminister damit brüstet, ein Gesetz zum Datenaustausch so kompliziert gemacht zu haben, dass niemand es versteht und es deswegen keine Opposition gibt.

Auch der stetig wachsende Energiehunger der digitalen Gesellschaft ist ein großes und bisher regulatorisch noch gar nicht adressiertes Problem. Die Digitalisierung führt zu einer immer weiteren Verdichtung sozialen Handelns und einem stetig wachsenden Energiebedarf. Allein der digitale Markt der Kryptowährungen verbraucht derzeit 45 Terawattstunden Energie pro Jahr. Das entspricht fast 23 Milliarden Tonnen Kohlendioxid-Emissionen weltweit, fast 1200 mal soviel wie der gesamte klassische Bankensektor verbraucht und in etwa soviel wie der gesamte Energieverbrauch der Schweiz.⁹

Alle diese Beispiele zeigen, dass es nicht reicht, sich Werte nur zu setzen, ihre Durchsetzung aber dann zu vernachlässigen, wenn sie uns gerade nicht in den Kram passen. Die europäische digitale Gesellschaft wird nur dann ein glaubwürdiges und identitätsstiftendes Modell werden, wenn wir alltäglich auf die Einhaltung ihrer Werte pochen und sie mit einer sozialen und ökologischen Dimension versehen. Bei aller richtigen und wichtigen Affirmation Europas dürfen wir daher niemals die Kritik Europas vergessen, wenn die Praxis den selbst gesetzten hohen Ansprüchen nicht genügt.

⁹ <https://www.zeit.de/digital/2019-06/bitcoin-kryptowaehrung-co2-emissionen-oekologischer-fussabdruck>, 13/6/2019

